

Zwietracht und Zwist gehören seit je zur amerikanischen Demokratie. Der Streit über die Sklaverei stürzte die Nation 1861 sogar in einen vierjährigen Bürgerkrieg, in dem mehr Amerikaner starben als in allen militärischen Konflikten im 20. Jahrhundert zusammen. Auch während des Vietnam-Kriegs standen sich Befürworter und Gegner unversöhnlich gegenüber. Aber diese Konfrontationen verliefen nicht entlang parteipolitischer Linien von Demokraten da und Republikanern dort.

Heute dagegen sind die beiden Parteien so zerstritten wie nie zuvor in ihrer Geschichte. Diese Polarisierung gefährdet die Funktionsfähigkeit des politischen Systems. Im Gegensatz zur parlamentarischen Regierungsform, in der die Mehrheit der Volksvertreter den Premierminister oder Kanzler stützt, gehen in den Vereinigten Staaten Präsident und Kongress aus getrennten Wahlen hervor und agieren unabhängig voneinander. Fraktionsdisziplin, weltanschauliche Geschlossenheit, nationale Wahlprogramme und Parteigehorsam sind deshalb so gut wie unbekannt. Was das System am Laufen hielt, war die Fähigkeit des Präsidenten und der Abgeordneten, Kompromisse einzugehen und Deals auszuhandeln. Das war selbst dann nötig, wenn Weißes Haus und Kongress von derselben Partei kontrolliert wurden. Unumgänglich wurde es, wenn in Phasen der „geteilten Regierung“ (divided government) die beiden Institutionen in der Hand unterschiedlicher Parteien lagen.

Der Kompromiss ist längst nicht mehr das Schmiermittel im Getriebe der amerikanischen Demokratie. Fast jeder Tag in Trumps Amerika zeigt, wie tief das Land gespalten ist: Die Parlamentarier votieren fast durchweg entlang parteipolitischer Linien, der Senat bestätigt Brett Kavanaugh als Supreme-Court-Richter mit der knappsten Mehrheit seit 1881, Bundesbehörden müssen wegen einer Haushaltssperre wochenlang schließen. Bei der Kongresswahl im November 2018 wurden republikanische Wahlkreise republikanischer, demokratische demokratischer. Amerika zerfällt in zwei politische Stämme, die sich unversöhnlich gegenüberstehen.

Dabei sah es nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst nicht so aus. Der Sieg über Deutschland und Japan, der enorme wirtschaftliche Aufschwung und die Herausforderung durch den Sowjetkommunismus hatten die Nation stärker zusammengezwängt, als sie es seit dem Bürgerkrieg je war. Regiert wurde sie in den 1950er Jahren von Weltkriegsgeneral Dwight Eisenhower, den vor seiner Präsidentschaft Demokraten und Republikaner als Kandidaten umworben hatten. Das Land schien zufrieden, reich und einig.

Die Einigkeit beruhte allerdings darauf, dass man große Probleme verdrängte: die Diskriminierung der Schwarzen in den Südstaaten, die Emanzipation der Frauen, die gesellschaftliche Modernisierung. Sie brachen sich Bahn in den 1960ern, der revolutionärsten Dekade des vergangenen Jahrhunderts. Bürgerrechts- und Frauenbewegung, Anti-Vietnam-Proteste, sexuelle Befreiung und Bildungsexplosion katapulierten die Vereinigten Staaten in ein neues Zeitalter. Es waren insbesondere die geburtenstarken und besser ausgebildeten Jahrgänge der Nachkriegszeit, die gegen den Status quo rebellierten. Nicht ohne Erfolg: Washington stärkte die Bürgerrechte der Schwarzen in den Südstaaten und zog die Truppen aus Vietnam ab, gesellschaftliche und sexuelle Tabus zerbrachen. Aber die 1960er sahen auch die Morde an John F. und Robert Kennedy und an Martin Luther King, Rauschgiftmissbrauch, Massenproteste und Rassenkrawalle.

Die wilde Revolution führte zur stillen Gegenrevolution. Konservativen waren die Reformen ein Greuel. Nirgendwo wurde dies deutlicher als in den Südstaaten. Viele Weiße, seit dem Bürgerkrieg treue Parteigänger der Demokraten, verübten den Präsidenten Kennedy und Lyndon Johnson ihren Einsatz für die Schwarzen. Präsident Johnson war sich dessen bewusst. Ende Mai 1964 sagte er nach der Unterzeichnung des Bürgerrechtsgesetzes einem engen Vertrauten: „Ich denke, wir haben der Republikanischen Partei gerade den Süden für eine lange Zeit ausgehändigt.“ So kam es. Stellte die Demokratische Partei 1964 90 Prozent der Südstaaten-Abgeordneten im Repräsentantenhaus, waren es 2010 gerade noch 15 Prozent.

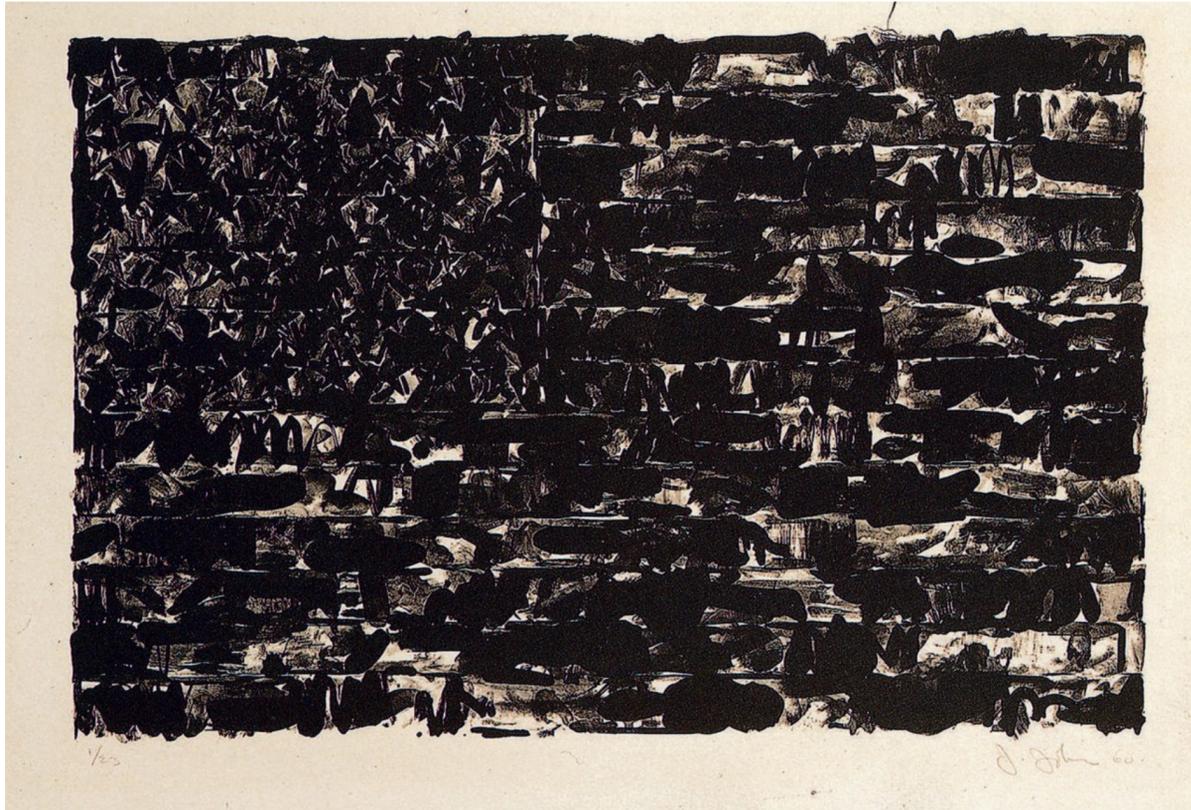
Die Neuausrichtung (realignment) des Südens war lediglich ein Faktor in der beginnenden weltanschaulichen Selbstsegregation der Parteien: Strenggläubige Christen, Gegner der diversen Emanzipationsbestrebungen, Kritiker des Wohlfahrtsstaats und jeder Art von Regulierungen, Advokaten von drastischen Gesetzen gegen Kriminalität und Rauschgift sahen ihre politische Heimat zunehmend bei den Republikanern, während ethnische und sexuelle Minderheiten, religiös Ungebundene, Umweltschützer und Unterstützer von Sozialprogrammen mehr und mehr zu den Demokraten tendierten. Mit George McGovern 1972, Walter Mondale 1984 und Michael Dukakis 1988 nominierte die Demokratische Partei dezidiert linke Präsidentschaftsbewerber. Dagegen hoffierten Kandidaten der Republikaner wie Richard Nixon und Ronald Reagan die „schweigende Mehrheit“ wertkonservativer und evangelikaler Wähler. Nixon und Reagan verfolgten zugleich eine „Südstaatenstrategie“, die darauf abzielte, dort lebende Weiße mit latent antischarzen Code-Wörtern wie „Recht und Ordnung“, „Rechte der Bundesstaaten“ und „Kampf gegen Quoten“ dauerhaft an ihre Partei zu binden.

Das Parteiensystem, in dem ein Demokrat aus dem Süden in vielen sozialen und politischen Fragen konservativer war als ein Neungland-Republikaner“ aus den Neungland-Staaten, begann sich neu zu ordnen. Seit den 1970er Jahren rückte die Demokratische Partei etwas nach links und die Republikanische massiv nach

Die zerrissene Nation

Die parteipolitische Polarisierung ist heute größer als zu jedem anderen Zeitpunkt der amerikanischen Geschichte. Das bedroht die Funktionsfähigkeit des politischen Systems, ist dieses doch auf die Fähigkeit und die Bereitschaft zum Kompromiss aufgebaut.

Von Professor Dr. Stefan Bierling



rechts. Zwar konnte sich bei den Republikanern 1988 und 1992 mit George H. W. Bush noch einmal ein Vertreter des moderaten Flügels als Präsidentschaftskandidat durchsetzen. Doch schon auf dem Nominierungsparteitag der Republikanischen Partei 1992 in Houston rief der Rechtspopulist Pat Buchanan einen „Kulturkrieg“ gegen das linke Amerika aus. Zwei Jahre später war es Newt Gingrich, der die republikanischen Kongresskandidaten bei den Zwischenwahlen erstmals auf ein konservatives nationales Wahlprogramm ein schwor. Dieser „Contract with America“ wollte Strafen für Kriminelle verschärfen, Sozialprogramme streichen, Steuern reduzieren, weniger mit den Vereinten Nationen kooperieren, die Rechte der Einzelstaaten ausbauen und die Familien stärken. Der Erfolg lag Gingrich recht: Nach 40 Jahren eroberten die Republikaner wieder das Repräsentantenhaus, er selbst wurde einflussreicher Sprecher der Kammer.

Seither verschärfte sich die parteipolitische Polarisierung dramatisch. Moralisch aufgeladene „Keilthemen“ (wedge issues), bei denen Kompromisse kaum möglich sind, dominieren die politische Auseinandersetzung. Bei Abtreibung, Todesstrafe, Schulgebet, Waffenkontrolle und Schwulenehe gibt es meist nur ein Ja oder Nein. Evangelikale Prediger wie Jerry Falwell mit seiner Organisation „Moral Majority“, Pat Robertson mit „Christian Coalition“ und James Dobson mit „Focus on the Family“ haben ihre rigorosen Moralvorstellungen tief in die Republikanische Partei eingetragten. Das beförderte die Neuausrichtung der Wähler weiter.

Allerdings verlief dieser Prozess in den beiden großen Parteien nicht gleichmäßig. Die amerikanischen Politikwissenschaftler Matt Grossmann und David Hopkins argumentieren in ihrem Buch „Asymmetric Politics“, die Republikanische und die Demokratische Partei verkörperten heute zwei unterschiedliche Parteitypen: Die Quellen ihrer öffentlichen Unterstützung, die Ziele ihrer Aktivisten und das Verhalten ihrer Politiker seien grundverschieden. Die Republikaner, so Grossmann und Hopkins, sehen sich in einem großen ideologischen Konflikt mit den Demokraten und setzen deshalb auf weltanschauliche Themen wie traditionelle gesellschaftliche Werte, Abbau der Staatsaufgaben und Nationalismus. Die Demokraten hingegen betrachten Politik nicht als Kampf politischer Philosophien, sondern als Streit gesellschaftlicher Gruppen darüber, wer wie viel von staatlichen Programmen profitiere. Sie betonen konkrete politische Ziele wie Erhöhung des Mindestlohns, Darlehen für Studenten, bessere Gesundheitsversorgung oder Luftreinhaltung. Ansprachen von republikanischen Politikern sind deshalb voll von Wörtern wie „konservativ“, „Werte“ und „Überzeugungen“. Demokraten vermeiden dagegen Begriffe wie „links“ oder „progressiv“ und reden über die spezifischen Anliegen von ethnischen Minderheiten, Gewerkschaftern, Umweltschützern, Feministinnen oder Homosexuellen.

Die meisten Wähler, so Grossmann und Hopkins, sind in ihren Einstellungen widersprüchlich: Ihre weltanschauliche Disposition ist grundsätzlich konservativ, aber sie schätzen viele der linken Programme zur

Umverteilung und Regulierung. Für die Republikaner liegt es darum in ihrem strategischen Interesse, abstrakte Prinzipien in den Vordergrund zu stellen, für die Demokraten, nicht über Ideologie zu sprechen, sondern über praktische Probleme. Beide Parteien verstehen die Motive der anderen Seite damit nicht mehr: Wenn Republikaner mehr individuelle Freiheit fordern, glauben sie, die Demokraten bekämpften diese. Und wenn Demokraten sich für benachteiligte Gruppen einsetzen, nehmen sie an, Republikaner wollten nur die Reichen begünstigen. David Hopkins urteilt: „Dies führt zu einer Dämonisierung der anderen Partei, was teilweise erklärt, warum Kompromisse zwischen den Parteien so schwierig werden und warum Wähler und Politiker der einen Partei die in der anderen nicht leiden können.“

Der Präsidentschaftswahlkampf 2016 ist ein eindrucksvoller Beleg für diese These: Trump konzentrierte sich auf die Themen Nationalismus, Abschottung, schlanker Staat und traditionelle Werte, ohne sich um Details zu scheren. Clinton hingegen legte ein Sammelsurium konkreter Vorschläge für ihre fragmentierte Regenbogenkoalition vor, ohne eine übergreifende Vision zu liefern.

Angheizt wird diese Partei-Asymmetrie durch die Veränderungen auf den Feldern Politikberatung, Lobbying, Medien und Wahlen. So ist die Zahl von weltanschaulichen Thinktanks in Washington explodiert. Waren Denkfabriken früher primär Forschungseinrichtungen, so sind sie jetzt häufig Auffangbecken für ehemalige Regierungsmitarbeiter und verfolgen gerade auf republikanischer Seite oft eine ideologische Agenda. Die Heritage Foundation, das American Enterprise Institute oder das Cato Institute versorgen die konservative Bewegung mit intellektueller Munition, das Center for American Progress, das Economic Policy Institute oder das Urban Institute engagieren sich für progressive Projekte. Heritage mit seinem Jahresetat von 113 Millionen Dollar etwa hat maßgeblich die Bush-Doktrin beeinflusst, die amerikanische Reaktion auf 9/11. Das Center for American Progress dagegen unterstützte massiv Obamas Gesundheitspolitik.

Auch Lobby-Gruppen greifen immer direkter in den amerikanischen Politikbetrieb und die öffentliche Debatte ein. Am bekanntesten ist die National Rifle Association (NRA), der Verband der Waffenbesitzer. 2016 betrug ihr Budget 434 Millionen Dollar. Ihr Ziel ist es, Politiker zu fördern, die sich jeder Einschränkung des Rechts auf Waffenbesitz widersetzen. Im Präsidentschaftswahlkampf 2016 spendete die NRA 30 Millionen Dollar an Trump. Americans for Prosperity, die bekannteste konservative Lobby, wird von den Multimilliardären Charles und David Koch finanziert und sponsert libertäre Politiker und Anliegen mit Hunderten von Millionen Dollar. Auf der politischen Linken setzt sich MoveOn.org seit 1998 für progressive Inhalte und Kandidaten ein. Seit einem Verfassungsgerichtsurteil 2010 dürfen sich Firmen, Gewerkschaften und Per-

sonen mit Mitteln in unbegrenzter Höhe in Wahlkämpfe einschalten, solange sie sich nicht mit den Parteien und ihren Kandidaten absprechen. Wirklich genutzt haben diese neue Freiheit bisher primär viele Milliardäre auf der Rechten wie die Koch-Brüder oder der Kasinomagnat Sheldon Adelson, dazu einige auf der Linken wie Tom Steyer und George Soros mit ihren oft radikalen und eigennützigen Agenden.

Veränderungen in der Medienlandschaft haben die parteipolitische Polarisierung intensiviert. Viele Jahrzehnte dominierten die drei großen Fernsehstationen ABC, CBS und NBC den Nachrichtenmarkt. Das breite Spektrum der Zuschauer zwang die Sender, sich bei Auswahl und Kommentierung der Themen in der Mitte der Gesellschaft zu bewegen. Seit der Etablierung des Kabelfernsehens ist die Zahl der Sender explodiert, die Einschaltquoten der traditionellen Nachrichtenshows sanken um zwei Drittel.

Vor allem die Republikaner haben sich seither ihre eigene Medienwelt geschaffen. Am wichtigsten war 1996 die Gründung von Fox News, das sich in den folgenden 20 Jahren zum konservativen Leitmedium entwickelte. Vorbereitet und flankiert wurde Fox News von rechten Radiomoderatoren wie Rush Limbaugh und Glenn Beck. Sie waren die Ersten, die „liberal“ als Synonym für „links“ verwendeten und als Schimpfwort benutzten. Konservative Websites wie Drudge Report und Breitbart vervollkommen mit Trumps Twitter-Ergüssen die ideologische Echokammer der Republikaner.

Rechte Medienwelt und Politik sind mittlerweile symbiotisch verwoben. So war es maßgeblich Glenn Beck, der mit Geld der Koch-Brüder 2009 die ultrakonservative Tea-Party-Bewegung innerhalb der Republikanischen Partei aus der Taufe hob und groß machte. Und Trump, ein besserer Fox-News-Seher, rekrutierte mehrere Moderatoren und Kommentatoren der rechten Medienszene für seine Regierung. Zwar gibt es auch linke TV-Kanäle wie MSNBC, aber deren Reichweite ist geringer als die von Fox News. Demokraten nutzen breitere Informationsquellen als die Republikaner, darunter bewährte Medien wie die „New York Times“, die „Washington Post“ sowie die nichtkommerziellen Fernseh- und Radiosender PBS und NPR. Insgesamt verstärken das Internet und die sozialen Medien die Tendenz bei den Wählern, nur mehr Nachrichten und Kommentare an sich heranzulassen, die die eigene Weltanschauung bestätigen. Republikaner und Demokraten leben heute in parallelen Medienuniversen, die sich nurmehr selten berühren.

Schließlich erlauben neue technologische Möglichkeiten den Parteien, Wähler gezielter anzusprechen und Wahlkreisen stärker zu manipulieren. Mussten sich Wahlkampfbotschaften früher an eine breite Klientel richten und deshalb moderat ausfallen, erlauben die über das Internet gewonnenen Datenmengen, die verschiedensten Gruppen von Abtreibungsgegnern bis hin zu Umweltschützern zu identifizieren und mit politischer Werbung anzusprechen, die exakt auf sie zugeschnitten ist. Da sich diese Botschaf-

ten an bereits Bekehrte richten, die es für eine Stimmabgabe zu mobilisieren gilt, fallen sie drastischer und polemischer aus, als wenn auch Unentschlossene überzeugt werden müssten.

Verfeinerte Datensätze über die Wohnorte von Demokraten und Republikanern lassen es überdies zu, die Wahlkreise für das Repräsentantenhaus so zuzuschneiden, dass die eigene Partei davon profitiert. Dieses System ist seit dem frühen 19. Jahrhundert als „Gerrymandering“ bekannt. Es beruht darauf, in einem Bundesstaat möglichst viele Anhänger der gegnerischen Partei auf wenige Wahlkreise zu verteilen und die Unterstützer der eigenen Partei dergestalt auf die übrigen Wahlkreise zu verteilen, dass sie knappe, aber sichere Siege erringen. Da es meist die Parlamente der Bundesstaaten sind, die alle zehn Jahre die Grenzen der Wahlkreise neu festlegen, ist der Manipulation der Sitzzahl in der großen Kammer Tür und Tor geöffnet.

Die Republikaner haben das früher verstanden als die Demokraten. Nach dem Zensus von 2010 lancierten sie eine gigantische Initiative, um die Wahlkreisgrenzen neu zu ziehen: In ihrem „Redistricting Majority Project“ setzten sie ausgeklügelte Software und 30 Millionen Dollar dafür ein. Ziel war es, in möglichst vielen Bundesstaaten beide Parlamentskammern und den Gouverneursposten allein zu kontrollieren, weil diese 2011 die Wahlkreisgrenzen festlegten. Das gelang ihnen in 21 Staaten, den Demokraten nur in elf. Da die Republikaner dazu bevölkerungsreichere Staaten gewonnen als die Demokraten, konnten sie vier Mal mehr Sitze gerrymandern. In North Carolina zum Beispiel gewannen die Republikaner 2016 zehn der 13 Sitze für das Repräsentantenhaus, obwohl sie nur 53 Prozent der Wählerstimmen erhielten. Insgesamt verstärkt das Gerrymandering den Trend zu sicheren Sitzen, was politisch extremere Kandidaten begünstigt.

Wichtiger noch als das Gerrymandering ist die räumliche Segregation: Demokraten leben in Städten und bevölkerungsreichen Speckgürteln, Republikaner auf dem Land. Der parteipolitische Graben zwischen Wählern in Stadt und Land ist heute viel tiefer als der nach Einkommen, Alter, Geschlecht oder Ausbildung. Das ist die Folge davon, dass ländliche Wähler weißer, älter, religiöser und weniger gebildet sind als Wähler in urbanen Zentren und dass es auf dem Land mehr Freiberufler gibt. Städte hingegen sind das natürliche Habitat von Studenten, Intellektuellen, Künstlern, Atheisten und Minoritäten. Es überrascht deshalb nicht, dass Hillary Clinton 2016 88 der 100 bevölkerungsreichsten Landkreise gewann, aber von den restlichen 3000 fast 2700 an Trump gingen. Die Anhänger der beiden Parteien entfernen sich nicht zuletzt deshalb weltanschaulich voneinander, weil sie sich räumlich kaum noch begegnen. In den Kirchen, Klubs und Kneipen auf dem Land treffen sich fast nurmehr Republikaner, in den Fitnessstudios, Restaurants und Bars in der Stadt fast nurmehr Demokraten.

Da es nur noch wenige Wechselwähler gibt, werden Wahlen gewonnen, indem

man die eigenen Anhänger mit allen Mitteln mobilisiert und die Gegner und ihre Agenda verteuert. Im Regierungsalltag triumphieren Sabotagestrategien, weil Parteien keinen politischen Preis mehr bezahlen, wenn sie die Kooperation verweigern. Nach dem Verlust seiner Mehrheiten im Kongress 2010 konnte Präsident Obama in den folgenden sechs Amtsjahren keinen großen gesetzgeberischen Erfolg mehr erzielen und regierte mit Anordnungen. Trump dürfte es nach der Übernahme des Repräsentantenhauses durch die Demokraten in seinen verbleibenden beiden Amtsjahren ähnlich ergehen. „Gridlock“, Stillstand, wird zum Dauerzustand im politischen System. Die steigende Zahl und die wachsende Länge von Regierungsschließungen seit 1990 sind ein weiteres Indiz für diese gegenseitige Blockade.

W Weil die Politik ihrer Aufgabe nicht mehr nachkommt, strittige Themen durch Kompromisse zu entschärfen, spielen Gerichte eine immer wichtigere politische Rolle. Es war der Supreme Court, der in den vergangenen Jahrzehnten so zentrale Fragen wie Abtreibung, Schwulenehe, Quotensystem bei Universitätszulassungen, Wahlkampffinanzierung und Gerrymandering entschied. Im Dezember 2000 bestimmte er sogar in „Bush v. Gore“ den Präsidenten. Beide Parteien kämpfen deshalb mit harten Bandagen darum, Richter ins Amt zu hieven, die ihnen nahestehen. Dazu schrecken sie vor gravierenden Regeländerungen nicht zurück. Historisch war es Usus, dass der Senat Bezirks- und Supreme-Court-Richter nicht mit einfacher Mehrheit, sondern mit einer „Supermehrheit“ von zuletzt drei Fünfteln bestätigt. Da Republikaner und Demokraten fast nie über eine solche Supermehrheit verfügten, nominierten Präsidenten meist Kandidaten, die über Parteigrenzen hinweg Ansehen genossen. Aus parteipolitischem Kalkül schafften die regierenden Demokraten 2013 die Supermehrheit für Bezirksrichter ab, 2017 taten die Republikaner dasselbe für den Supreme Court. Seither muss ein Präsident, dessen Partei eine Mehrheit im Senat hat, keine ideologischen Rücksichten mehr nehmen. Trump und die Republikaner haben in den vergangenen zwei Jahren mehr Schlüsselpositionen in der Justiz mit politisch genehmen Kandidaten besetzt als alle Regierungen vor ihnen. Da die Richter auf Lebenszeit amtiert, dürfte dies Amerika über zwei Generationen prägen.

Gibt es Hoffnung, dass die parteipolitische Polarisierung des Landes überwunden werden kann? Allenfalls langfristig. So haben einige Staaten auf Druck der Verfassungsgerichte oder ihrer Bürger das Gerrymandering eingeschränkt. Kalifornien, Oregon und Nevada haben unabhängige Kommissionen eingesetzt, um die Wahlkreise zu bestimmen, einige Staaten experimentieren mit parteiübergreifenden Vorwahlen für den Kongress. Eine Möglichkeit, die Polarisierung zu reduzieren, wären die Wiedereinführung von Supermehrheiten im Senat für die Wahl von Bundesrichtern, eine andere die Festlegung von Obergrenzen für Wahlkampfspenden.

Diese Änderungen an der Mechanik des politischen Systems können das Problem mildern, aber nicht lösen. Die Hoffnung, Trump werde mit seiner splinterischen Politik und dem Bruch mit alten republikanischen Axiomen wie Freihandel, Haushaltsdisziplin und Internationalismus eine Rebellion einer Partei befördern, hat sich nicht erfüllt. Vielmehr ist es ihm gelungen, die wenigen verbliebenen moderaten Republikaner im Kongress zum Schweigen zu bringen und die Partei völlig auf seine Agenda einzuschwören. Die beste Chance, die parteipolitische Polarisierung zu überwinden, dürften deshalb gesellschaftliche Veränderungen bieten, konkret der demographische Wandel. Da die wichtigste Wählerklientel der Republikaner – der ältere, weiße, schlecht ausgebildete, fromme Landbewohner – schrumpft, wird die Partei nicht umhinkommen, sich den wachsenden Bevölkerungsgruppen zu öffnen: Minderheiten, wenig religiösen, gut ausgebildeten Stadtbewohnern.

Schon nach der Niederlage ihres Kandidaten Mitt Romney gegen Obama im Jahr 2012 ließ die Republikanische Partei eine Analyse unter dem vielsagenden Titel „Autopsy“ anfertigen, die zu einem solchen Vorgehen riet. Die Republikaner müssen bedenken, dass von den sieben Präsidentschaftsbewerbern, die sie zuletzt ins Rennen geschickt hat, nur einer die Mehrheit der Wählerstimmen bekam: George W. Bush im Jahr 2004. Außerdem dürften sie nicht ewig vom Wahlmännersystem profitieren, das sie begünstigt.

Insofern dürfte die Trump-Präsidentschaft den Zenit der parteipolitischen Polarisierung darstellen, die die nötige Anpassung der Partei an die gesellschaftlichen Realitäten nur aufgeschoben hat. Die Demokraten sollten sich allerdings davor hüten, angesichts des für sie vorteilhaften demographischen Trends Wähler, die Schwierigkeiten mit dem rasanten wirtschaftlichen und sozialen Wandel haben, als „Bemitleidenswerte“ (Hillary Clinton) zu verunglimpfen und Trump als historische Verirrung abzutun. Sie brauchen deshalb als nächsten Präsidentschaftskandidaten keine linke Populisten wie Bernie Sanders oder Elisabeth Warren, sondern jemanden aus der politischen Mitte, die oder der auch im Mittleren Westen und im Süden reüssiert und die Vereinigten Staaten als mehr ansieht als eine Ansammlung von Gruppeninteressen.

♦ ♦ ♦

Der Verfasser lehrt Internationale Politik und Atlantische Beziehungen an der Universität Regensburg.

Jasper Johns, Flag I, 1960, The Museum of Modern Art, New York © VG Bild-Kunst, Bonn 2019